

Rede von Alexis Tsipras im EU-Parlament am 8. Juli 2015 im Wortlaut

Vorbemerkung: Alexis Tsipras konnte am 8. Juli auf Einladung des EU-Parlaments vor dem Plenum dieser Versammlung den Standpunkt der griechischen Regierung darstellen.

Anschließend bekamen die Sprecher der verschiedenen Fraktionen das Wort, von denen einige erwartungsgemäß die Haltung der Syriza-Regierung kritisierten und mit scharfen Attacken reagierten, teilweise auch das Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone befürworteten, andere ihren Respekt vor dem Ergebnis der griechischen Volksabstimmung vom 5.7. bekundeten und sich für eine einvernehmliche Lösung der Probleme aussprachen. Am Ende der Debatte bekam Tsipras die Gelegenheit zu einem Schlusswort.

Der nachfolgende Text ist eine Arbeitsübersetzung der Eingangs-Rede von Tsipras im EU-Parlamentsplenum, wobei eine französische Übersetzung aus der „Humanité“ als Grundlage diente. (Übersetzung: Georg Polikeit)

Meine Damen und Herren Abgeordneten,

ich danke Ihnen für ihre Einladung; das Wort zu ergreifen an diesem hohen Ort der europäischen Demokratie, mich an die gewählten Vertreter des europäischen Völker zu wenden in einem entscheidenden Moment für mein Land, Griechenland, für die Euro-Zone und für die Europäische Union, ist für mich eine Ehre.

Vor einigen Tagen haben wir beschlossen, das griechische Volk zu konsultieren und es gebeten, in den Gang der Verhandlungen einzugreifen und sich über seine Zukunft zu äußern. Vor einigen Tagen hat sich das griechische Volk mit starker Stimme geäußert. Das Mandat, das es uns anvertraut hat, gibt uns den Auftrag, die Anstrengungen zu verdoppeln und zu einer sozial gerechten und wirtschaftlich tragfähigen Lösung zu gelangen – weit entfernt von den Irrtümern der Vergangenheit, die unserer Wirtschaft einen verhängnisvollen Schlag versetzt hat, weit entfernt von der Austeritätspolitik, die diese in die Falle eines deflationistischen Zirkels geführt und die Gesellschaft in eine tiefe und anhaltende Depression eingeschlossen haben. Angesichts eines unerhörten Drucks, der Schließung der Banken, eine wirklichen Kampagne der Einschüchterung – die Mehrheit der Medien wiederholte, dass die Entscheidung für das „Nein“ eine für den Bruch mit Europa sei -, hat das griechische Volk den Mut gehabt, seine Stimme zu Gehör zu bringen.

Ich freue mich, in diesem Tempel der Demokratie zu sein, denn ich habe die Überzeugung, dass die Argumente hier gehört werden, dass sich jeder hier zu Argumenten äußert – dass man zuhört, vor man urteilt.

Mit seiner couragierten Entscheidung hat sich das griechische Volk nicht ausgesprochen für einen Bruch mit Europa, sondern für eine Rückkehr zu den Gründungsprinzipien der europäischen Integration: Demokratie, Solidarität, gegenseitige Achtung und Gleichberechtigung.

Seine Botschaft ist ganz klar: ohne Demokratie wird Europa – die europäische Konstruktion, die Union – alle Mühe haben, die gegenwärtige Krise zu überwinden.

Die Verhandlungen der griechischen Regierung mit ihren Partnern, Verhandlungen, die jetzt ihrem Ende entgegengehen, müssen einen doppelten Respekt an den Tag legen: Respekt der Gemeinschaftsregeln und absoluten Respekt der demokratischen Entscheidung der Völker.

Meine Regierung und ich selbst haben vor wenig mehr als fünf Monaten unsere Funktionen übernommen, aber die Rettungspläne sind seit fünf Jahren in Kraft. Wenn ich voll und ganz die Verantwortung übernehmen für die Tätigkeit in diesen fünf Monaten, kann uns die Verantwortung für die Sackgasse, in der sich heute die griechische Wirtschaft und ganz Europa befindet, nicht auferlegt werden; sie liegt bei diesen fünf Jahren Programmen, die keinen Ausweg aus der Krise boten. Unabhängig von dem Urteil, das jeder über diese Reformen fällt, über ihr Gut-Begründetsein oder ihren irrigen Charakter, will ich Ihnen sagen, dass das griechische Volk in fünf Jahren enorme Anpassungsanstrengungen unternommen hat, die seine Belastbarkeit erschöpft haben.

Griechenland ist natürlich nicht das einzige Land in diesem Boot. Austeritätsprogramme sind in zahlreichen Ländern Europas durchgeführt worden. Ich habe den größten Respekt für die Völker,

die schwierigen Maßnahmen unterworfen worden sind, für die Regierungen, die sie angenommen haben. Aber nirgends waren diese Programme so hart und auch so langdauernd wie in Griechenland. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass mein Vaterland seit fünf Jahren ein Versuchslabor der Austerität ist. Es ist an der Zeit einzugestehen, dass das Experiment gescheitert ist.

Im Verlauf dieser Periode haben die Arbeitslosigkeit und die Armut kritische Höchstwerte erreicht, die soziale Ausgrenzung hat sich verstärkt, die öffentliche Verschuldung ist explodiert: sie machte 120 Prozent des Nationalprodukts aus vor der Verwirklichung der Austeritätspläne und entspricht heute 180 Prozent des BIP: Eine Mehrheit der Griechen fordert jetzt, dass ein Ausweg gefunden wird. Das ist eine Tatsache, keine bloße Ansicht. Und diesen Wunsch, in direkter und demokratischer Weise zum Ausdruck gebracht, ist unsere Regierung verpflichtet, zu konkretisieren.

Wir möchten mit unseren Partnern zu einer Vereinbarung kommen, aber zu einer Vereinbarung, die das Signal für einen definitiven Ausweg aus der Krise gibt, die es gestattet, Licht am Ende des Tunnels wahrzunehmen. Eine Vereinbarung, die Reformen einschließt, deren Notwendigkeit niemand verneint, aber auch eine Umverteilung der Lasten: die Bürde, die auf den Lohnabhängigen, den Arbeitenden, den Rentnern lastet, muss verlagert werden auf die Schultern derjenigen, die dazu in der Lage sind und die die vorhergehenden Regierungen nicht zu Beiträgen herangezogen haben.

Diese Vereinbarung wird eine Politik der Umverteilung zugunsten der Bedürftigsten, der kleinen und mittleren Einkommen in der Perspektive eines ausgewogenen und dauerhaften Wachstums einschließen müssen.

Der Vorschlag, den wir unseren Partnern vorlegen, umfasst

- ein Ensemble von glaubwürdigen Maßnahmen, gegründet auf eine gerechte Verteilung der Lasten und auf das Bemühen, die möglichen Rezessionseffekte zu reduzieren;
- ein Ersuchen um mittelfristige Finanzierung, begleitet von einem soliden Programm der wirtschaftlichen Entwicklung für die kommende Periode – denn wir werden nicht aus der Krise herauskommen, wenn wir nicht die Frage der Entwicklung behandeln; unser erstes Ziel muss es sein, gegen die Arbeitslosigkeit zu kämpfen und die Unternehmen zu unterstützen;
- die Verpflichtung, eine Grundsatzdiskussion über die Frage der Tragfähigkeit der öffentlichen Verschuldung und ihre Lösung zu beginnen.

Es kann unter uns keine Tabus geben. Wir müssen der Realität in die Augen sehen und Lösungen suchen, so schwierig sie sein mögen.

Dieser Vorschlag ist der Eurogruppe und dem Gipfel der Staatschefs, der gestern stattfand, vorgelegt worden. Wir legen heute ein Ersuchen in diesem Sinn dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) vor. Wir sind verpflichtet, diese Vorschläge innerhalb von zwei Tagen zu präzisieren; ich wünsche, dass es uns innerhalb der gesetzten Frist gelingen wird, den Anforderungen dieses entscheidenden Augenblicks gerecht zu werden, im Interesse Griechenlands wie der Euro-Zone – im wirtschaftspolitischen Interesse aber in erster Linie und vor allem im geopolitischen Interesse Europas.

Damit die Dinge klar sind: die Vorschläge der griechischen Regierung hinsichtlich der Finanzierung ihrer Verpflichtungen und die Umstrukturierung der Schulden haben nicht das Ziel, das Budget der europäischen Steuerzahler in Anspruch zu nehmen. Sagen wir die Dinge, wie sie sind: die für Griechenland freigegebenen Fonds sind nie an das Volk gegangen, sondern wurden für die Rettung der griechischen und europäischen Banken verwendet.

Außerdem hat Griechenland seit dem Monat August 2014 keine der von dem damals gültigen Hilfsprogramm vorgesehenen Zuweisungen einkassiert, einem Programm von 7,2 Milliarden Euro. Zwischen dem August 2014 und Januar 2015 hatte Griechenland jedoch eine andere Regierung. Wenn die vorgesehenen Summen nicht überwiesen wurden, wenn die damalige Regierung sich enthalten hat, dieses Programm zu verwirklichen, geschah das nicht, und zwar aus gutem Grund, aus Motiven ideologischer Art, sondern sehr wohl, weil diese Maßnahmen in eine Ablehnung

einmündeten. Es genügt nicht, dass ein Programm unserer Sichtweise entspricht, damit es auch in Kraft tritt, es muss auch die Zustimmung der gesellschaftlichen Mehrheit finden.

Meine Damen und Herren Abgeordneten,

Im Lauf dieser Verhandlungen hat Griechenland bei den Institutionen die Überweisung dieser 7,2 Milliarden Euro verlangt, während es zugleich die Verpflichtung hatte, diesen gleichen Institutionen Tratten in einer Gesamthöhe von 17,5 Milliarden Euro zurückzuzahlen. Diese Summen konnten nur überwiesen werden, indem die letzten Ersparnisse des griechischen Volkes mobilisiert wurden.

Meine Damen und Herren Abgeordneten,

Trotz dem, was voran ging, gehöre ich nicht zu jenen Politikern, die behaupten, dass die „bösen Ausländer“ an allen Übeln schuld wären, von denen mein Land befallen ist. Wenn sich Griechenland heute am Rand des Bankrotts befindet, dann weil die Regierungen, die sich jahrzehntelang abwechselten, einen Staat der Vetternwirtschaft geschaffen, die Korruption erleichtert, die Kungelei der politischen Macht mit der ökonomischen Macht geduldet oder gefördert, der Steuerhinterziehung der großen Vermögen das Feld überlassen haben. Nach einer Studie der Crédit Suisse besitzen 10 Prozent der Griechen 56 Prozent des nationalen Reichtums. Obwohl die Krise und die Austeritätspolitik voll zuschlugen, wurden diese zehn Prozent ausgespart. ihr Beitrag zu den Lasten steht in keinem Vergleich zu dem der übrigen Bevölkerung. Diese offenkundigen Ungerechtigkeiten sind nicht berichtigt, sondern verstärkt worden durch die Hilfspläne und Memoranden. Keine dieser sogenannten Reformen hat leider die Mechanismen der Steuereinnahme verbessert, die eingefallen sind, trotz der bemerkenswerten Anstrengungen einiger integrierter und verzweifelter Beamter. Keine Maßnahme gab es, um den verflochtenen Interessen des politischen Establishments, der Oligarchen und der Banken, diesem in unserem Land seit Jahrzehnten etablierten Dreieck entgegenzuwirken. Keine Reform hat das Funktionieren und die Wirksamkeit des Staatsapparats verbessert, der sich daran gewöhnt hat, mehr den Privatinteressen als dem Allgemeinwohl zu dienen.

Die Vorschläge, die wir vorlegen, konzentrieren sich ihrerseits auf echte Reformen, die den Ehrgeiz haben, Griechenland zu verändern. Es geht um Maßnahmen, die die vorhergehenden Regierungen, das ehemalige politische System und die Initiatoren der Rettungspläne nicht in Griechenland einführen wollten. So sind die Tatsachen.

Kampf gegen die oligarchischen Strukturen und die Kartellpraktiken – insbesondere auf dem anarchischen Telekommunikationsmarkt außer Kontrolle, Verstärkung der Kontrollmechanismen der öffentlichen Ausgaben und des Arbeitsmarktes mit dem Ziel, Steuerflucht und Steuerbetrug zu unterdrücken, Modernisierung der öffentlichen Verwaltung: das sind die Prioritäten des Reformprogramms unserer Regierung; wir erwarten natürlich, dass unsere Partner diesen Prioritäten beipflichten.

Wir präsentierten uns heute gestärkt durch das Mandat, das das Volk uns gewährt hat, entschlossen, in Konflikt zu treten nicht mit Europa, aber mit dem Establishment unseres Landes und mit den überkommenen Logikern und Mentalitäten, die den Sturz Griechenlands beschleunigt haben und dabei sind, den der Eurozone zu provozieren.

Meine Damen und Herren Abgeordneten

Europa befindet sich am Kreuzweg, in einem entscheidenden Moment seiner Geschichte. Was wir die „griechische Krise“ nennen, ist vor allem der Indikator der Schwäche der Euro-Zone, eine endgültige Lösung für die Schuldenkrise zu treffen, die sich ständig selbst im Gang hält. Es geht um ein europäisches Problem, nicht ausschließlich um ein griechisches Problem. Und dieses europäische Problem erfordert eine europäische Lösung.

Die europäische Geschichte ist eine Geschichte von Konflikten, aber letztlich auch von Kompromissen. Das ist ebenso eine Geschichte von Übereinstimmungen, von Erweiterungen. Eine Geschichte von Einheit und nicht von Spaltungen. Übrigens sprechen wir aus diesem Grund von einem vereinten Europa: lassen wir also nicht dieses Europa sich entzweien. Wir sind heute dazu aufgerufen, einen fruchtbaren und ehrenwerten Kompromiss zu finden, um einen historischen Bruch zu vermeiden, der die Tradition des vereinten Europa abreißen würde.

Ich bin überzeugt, dass wir alle den entscheidenden Charakter des Augenblicks wahrnehmen und dass wir auf der Höhe der historischen Verantwortung zu sein verstehen werden, die uns zufällt.
Ich danke Ihnen.